

„Die Förderung konzentrieren“

Der EU-Abgeordnete Dr. Markus Pieper über Griechenland, Solidarität und EU-Hilfen im Kreis Steinfurt

KREIS STEINFURT/BRÜSSEL. Mit dem Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper, CDU, sprach Kreis-Korrespondent Achim Giersberg.

Für Griechenland wird es nun doch ein weiteres Hilfspaket geben?

Pieper: Das zweite Griechenland-Paket läuft Mitte nächsten Jahres aus. Was dann kommt, hängt vom Reformfortschritt ab. Bleiben die Griechen auf ihrem Reformkurs, kann man das etwa mit Bürgschaftsprogrammen für Mittelstandskredite weiter stützen. Auch Kreditverlängerungen sind denkbar, wenn die Griechen nach der Rente mit 67 auch ihr Steuersystem weiter verbessern und die wohlhabenden Griechen stärker beteiligen. Diese Hilfen gibt es aber nur über den Europäischen Stabilitätsmechanismus, also im Rahmen der bereits vereinbarten 500 Milliarden Euro. Mehr deutsches Geld für die Griechen oder gar ein Schuldenschnitt werden gar nicht diskutiert und das würde die CDU auch nicht mitmachen. Im Gegenteil, sollte sich das Land weiteren Reformfortschritten verweigern, ist für die CDU auch ein vorübergehender Austritt aus der Eurozone denkbar.

Wären da Eurobonds nicht die ehrlichere Lösung?



Dr. Markus Pieper plädiert dafür, dass Griechenland notfalls aus der Eurozone austritt.

Pieper: Kredite gegen Auflagen sind doch besser als die von Rot-Grün vorgeschlagene Vergemeinschaftung aller europäischen Schulden durch einen Altschuldentilgungsfonds oder gemeinsame Staatsanleihen, besser bekannt als Eurobonds. Ja, wir hätten so vielleicht zehn Jahre Ruhe. Aber das süße Gift des Schuldenmachens würde weiter locken und Europa später noch schlimmer treffen. Nein, letztlich haben es die Griechen in der Hand, wie viel Vertrauen wir Ihnen über Kreditprogramme geben können. Eurobonds wären dagegen Blankochecks für die Schuldenstaaten, ohne dass wir Einfluss auf die Höhe der Verschuldung hätten. Geht es schief, haften aber trotzdem

die Nettozahler, also vor allem Deutschland.

Müsste aber nicht die Solidarität untereinander wachsen, damit Europa wächst?

Pieper: Solidarität praktizieren wir ja mit dem genannten Rettungsschirm und auch mit den jährlichen Transferzahlungen in den EU-Haushalt. Jetzt den schlimmen Schuldenstand einiger Länder als Anlass für eine stärkere europäische Integration zu nutzen, halte ich nicht für richtig. Natürlich brauchen wir mehr europäische Integration. Aber an anderer Stelle, etwa bei der Regulierung der Finanzmärkte. Wir sollten wirklich nicht mit der Vergemeinschaftung der Schulden den nächsten Schritt hin zu mehr Europa machen. Das wäre genau das falsche Signal, wollen wir doch verlorenes Vertrauen wieder aufbauen.

Wie kann das geschehen?

Pieper: Die Rettungspakete werden ja durch harte Auflagen, etwa nationale Schuldenbremsen und Lohnzurückhaltung, begleitet. Das zeigt Erfolge: Die Arbeitsproduktivität in den Krisenstaaten steigt, ebenso die Exportquoten und auch die Arbeitslosenquoten verbessern sich, wenn auch auf hohem Niveau. Die Griechen

haben ja noch mehr Fortschritte gemacht, etwa bei der Privatisierung von Staatsbetrieben. Die Politik greift, es ist Licht am Ende des Tunnel zu sehen. Eurobonds oder ein Altschuldentilgungsfonds würden aber den Druck vom Kessel nehmen. Deshalb beharren wir als CDU so darauf, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Der Kreis Steinfurt profitiert ja in vielerlei Hinsicht von EU-Fördergeldern. Hätten andere Regionen eine solche Unterstützung nicht viel nötiger?

Pieper: 75 Prozent der EU-Strukturhilfen gehen ja auch in die ärmsten Regionen Europas. Das ist auch richtig so und ein Zeichen europäischer Solidarität. Aber auch in den Regionen, denen es vergleichsweise gut geht, gibt es Brennpunkte. So hat beispielsweise Rheine bei der Karman-Krise Gelder aus dem europäischen Globalisierungsfonds erhalten. Und wir wollen auch Innovation und Forschung in den starken Regionen fördern, weil so Europa insgesamt gestärkt wird.

Also könnten sich vor allem Rheine und Ibbenbüren Hoffnung machen?

Pieper: Ja, das ist ja eine Forderung der Landes-CDU,

die ich unterstütze: Man sollte alle EU-Programme für NRW, um einen gewissen Prozentsatz kürzen und das Geld dann an Schwerpunkten des Strukturwandels – auch außerhalb des Ruhrgebietes einsetzen. In Rheine und Ibbenbüren ließe sich als Ausgleich zum Bergbau-Aus und dem Bundeswehr-Abzug die Infrastruktur aufwerten. Ideal wäre es, wenn das Land ein Programm auf die Beine stellen würde, das sich nicht auf Beratung und Gutachten beschränkt, sondern EU-Gelder auch für bauliche Investitionen nutzt.

Um wie viel Geld ginge es da?

Pieper: Würde das Land aus den unterschiedlichen EU-Fonds (Sozialfonds, Regionalfonds, Interreg und Leader) einen Teil nehmen und ein landesweites Programm „Strukturwandel und Konversion“ aufstellen, könnten wir – wie das Ruhrgebiet – an unseren Brennpunkten sicher auch mit Millionenbeträgen rechnen. Immerhin hat der Kreis schon von 2008-2012 über Landesprogramme gut 20 Millionen Struktur Gelder aus Brüssel erhalten. Mindestens diese Größenordnung sollte es von 2014 bis 2020 auch sein, damit neben den bewährten Programmen auch Schwerpunkte gesetzt werden können.

Quelle

Verlag
Publikation
Ausgabe
Datum
Seite

: Westfälische Nachrichten
: Greven
: Nr. 198
: Dienstag, den 27. August 2013
: Nr. 20